

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 18.02.2026 09:34
Aktenzahl: PGL-280972-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 346.1

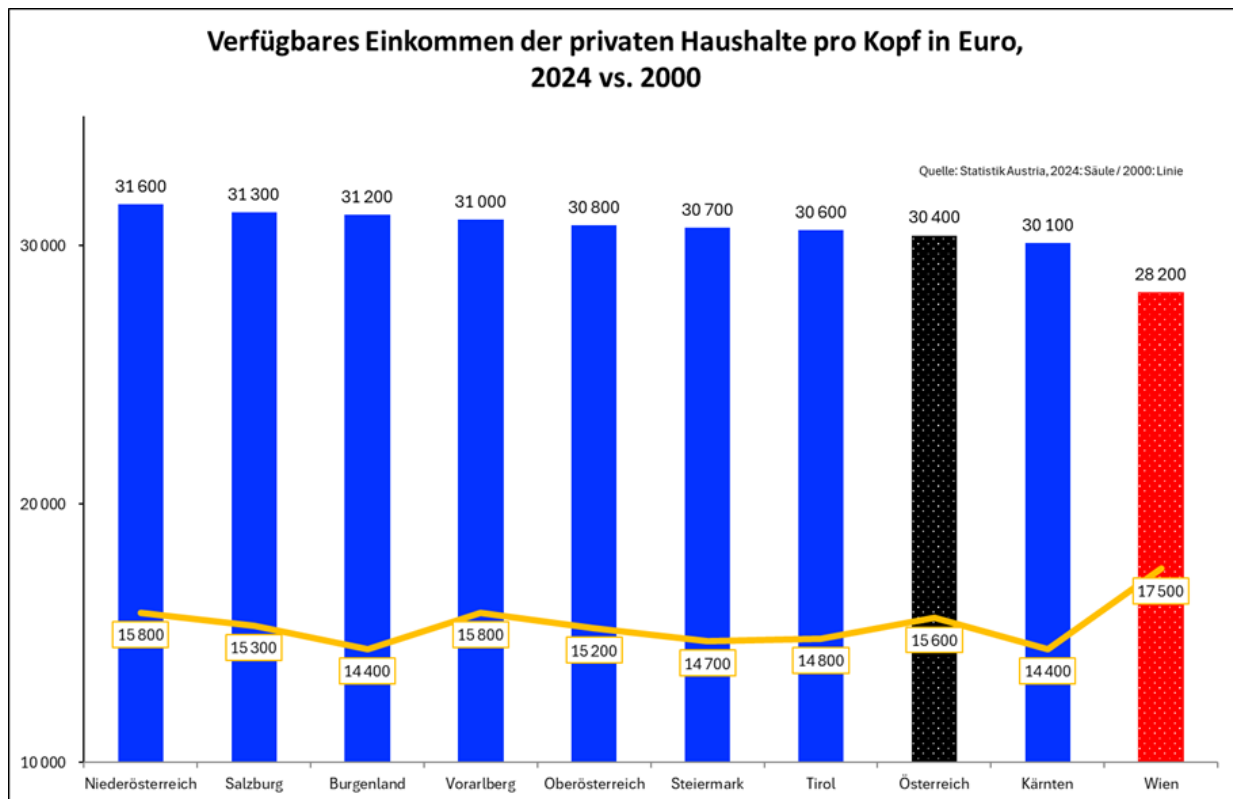
Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Harald Zierfuß (ÖVP), Hannes Taborsky (ÖVP) und Sabine Keri (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Barbara Novak, MA für den Gemeinderat am 18.02.2026.

Steigerung des verfügbaren Einkommens

Die aktuelle Erhebung der Statistik Austria zeigt ein strukturelles Alarmzeichen: Wien weist mit 28.200 Euro das niedrigste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen aller Bundesländer auf – und liegt damit 3.400 Euro hinter Niederösterreich, dem Spitzenreiter. Wien war im Jahr 2000 mit 17.500 Euro noch führend, doch seit 2010 verliert die Stadt kontinuierlich an Boden und liegt seit 2016 ununterbrochen an letzter Stelle.



Diese Entwicklung ist kein Zufall. Wien trägt seit Jahren die Hauptlast unqualifizierter Zuwanderung. Mehr als 72% aller österreichweiten Mindestsicherungsbezieher leben in Wien, und die Stadt verzeichnet seit Jahren überdurchschnittlich viele Menschen, die ohne formale Qualifikation nach Wien zuwandern und kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Diese Gruppen erhöhen sowohl die Arbeitslosenzahlen als auch die Ausgaben für soziale Leistungen – ohne gleichzeitig zur wirtschaftlichen Wertschöpfung der Stadt beizutragen.

Damit wird Wien zunehmend zum Sozialmagnet für ganz Österreich und darüber hinaus.

Die Folgen sind klar erkennbar:

- ein überlasteter Sozialhaushalt,
- ein wachsender Niedriglohnsektor,
- stagnierende oder sinkende Einkommen,
- und ein Arbeitsmarkt, der trotz hoher Beschäftigung kaum Produktivitätsgewinne erzielt.

Solange Wien strukturell falsche Anreize setzt – etwa durch zu leichte Zugänge zu Sozialleistungen oder mangelnde Sanktionen bei fehlender Integrationsbereitschaft – wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs.

4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden Beschlussantrag:

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat fordert die Stadtregierung, insbesondere die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, Barbara Novak, sowie den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Steigerung des verfügbaren Einkommens in Wien vorzulegen. Damit Wien wirtschaftlich wieder aufholen kann, braucht es ein entschiedenes Umsteuern: weniger Sozialmagnetismus, mehr qualifizierte Zuwanderung, stärkere Integration in den Arbeitsmarkt und eine Ausrichtung der Sozialpolitik auf Hilfe zur Selbsthilfe statt langfristiger Alimentierung. Nur so lässt sich das Einkommensniveau nachhaltig verbessern und die Stadt wieder wettbewerbsfähig machen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

18.02.2026

Unterzeichner*innen:

Sabine Keri (ÖVP); Harald Zierfuß (ÖVP); Hannes Taborsky (ÖVP)